



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Mitte
Bezirksversammlung

Antrag öffentlich	Drucksachen-Nr.: 23-2031 Datum: 21.09.2026
--------------------------	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel/Kleiner Grasbrook	22.09.2026

Sicherheitsoffensive - Pflege des öffentlichen Raums an zentralen Orten auf der Veddel und in Wilhelmsburg spürbar verbessern (Antrag der CDU-Fraktion)

Sachverhalt:

Das Erscheinungsbild des öffentlichen Raums ist die Visitenkarte unserer Stadtteile und trägt maßgeblich zum Sicherheitsgefühl und Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger bei. Leider ist an vielen zentralen Orten und hoch frequentierten Plätzen auf der Veddel und in Wilhelmsburg seit geraumer Zeit ein deutlicher Pflege- und Reinigungsmangel festzustellen.

Überquellende Mülleimer, wilder Müll (sog. „Corner-Müll“), mangelhafte Grünpflege, unkrautüberwucherte Gehwege und unzureichend gereinigte Verweilzonen prägen das Bild. Betroffen sind insbesondere die stark frequentierten Knotenpunkte des öffentlichen Lebens. Aber auch in vielen Seitenstraßen nimmt die Vermüllung zu und die Menschen beklagen sich über ungepflegte Grünbereiche und desolate Wege.

Ein vernachlässigter öffentlicher Raum zieht oft weitere Verschmutzungen und Vandalismus nach sich (Broken-Windows-Effekt). Um die Aufenthaltsqualität im Quartier nachhaltig zu sichern, müssen die Pflegeintervalle dringend angepasst und optimiert werden.

Petition/Beschluss:

Der Regionalausschuss Wilhelmsburg / Veddel / Kleiner Grasbrook möge daher beschließen:

1. Der Bezirksamtsleiter wird gebeten, eine umfassende Sonderreinigungs- und Instandsetzungsmaßnahme für die Gehwege, das Begleitgrün und die Stadtmöblierung (Bänke, Schilder) an den betroffenen Hotspots im Regionalbereich zu koordinieren.
2. Es ist zu prüfen, ob an stark frequentierten Plätzen (wie dem Berta-Kröger-Platz, Stübenplatz oder rund um die S-Bahn-Stationen) zusätzliche oder voluminösere Müllbehälter (z.B. Solar-Presshaie) aufgestellt werden können, um ein Überquellen zu verhindern.
3. Dem Regionalausschuss ist bis zum ersten Quartal 2027 über die ergriffenen Maßnahmen und den Sachstand zu berichten.